

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radewornwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: W. H. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 56

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver
Dienstag, den 7. März 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Br.
40 Hg., auswärts 50 Hg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 2.00 M.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Finanzminister Dr. Hermes teilte bei einer Besprechung die Grundzüge für die Erhebung der Zwangsanleihe mit.

* Die Regierungskoalition in Bayern wurde durch den Eintritt der Bayerischen Mittelpartei erweitert, die das Justizministerium besetzt.

* Die polnische Regierung ist geschlossen vom Amte zurückgetreten, da die Einverleibung des Wilnaer Landes auf neue Schwierigkeiten stieß.

* Die englischen Regierungsmittelglieder bemühen sich unter Führung Chamberlains, Lloyd George in seinem Amte zu erhalten.

* In Hume haben die Faschisten einen Aufstand entfesselt und den Gouverneur gefangen genommen. Es fanden blutige Kämpfe statt.

Völkerwanderung aus dem Osten.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter wird uns aus Berlin geschrieben:

Man kann in der Hauptstadt des Deutschen Reiches keinen Weg mehr machen, ohne daß man auf Schritt und Tritt von fremden Sprachlauten begleitet wird. Am wenigsten sind es noch westliche Klänge. Im Gegenteil, man darf vielleicht sagen, daß Englisch und Französisch vor dem Kriege hier öfter anzutreffen waren, als es jetzt der Fall ist. Aber die östlichen Sprachen verschiedenster Färbung häufen sich mehr und mehr in beinahe bedrückendem Maße, und über die beklagenswerten moralischen Begleiterscheinungen der starken Zuwanderung, die wir mit und noch mehr nach dem Kriege aus dem Osten empfangen haben, ist ja schon die Öffentlichkeit einigermaßen unterrichtet worden. Doch ist die Bedeutung dessen, was hier vorgeht, noch lange nicht tief genug in das allgemeine Volksbewußtsein eingedrungen.

Man muß sich nur eine Vorstellung davon machen, was es heißt, wenn eine Stadt wie Berlin dazu aussersehen wird, rund eine Viertel Million russischer Flüchtlinge in sich aufzunehmen. Diese Flüchtlinge setzen sich aus den aller verschiedensten Bevölkerungsschichten zusammen, wir finden darunter Künstler und Gelehrte, Politiker und Schriftsteller, Handwerker und Arbeiter, ebenso wie Gebildete und Ungebildete, Monarchisten und Revolutionäre, Reiche und Arme. Es ist ein Volk im kleinen, das seine Zelte bei uns aufgeschlagen hat, das hier seine Vereine und Gesellschaften bildet, seine Zeitungen und Zeitschriften herausgibt, seine Konzerte veranstaltet, seine Buchläden und Kaffeehäuser, seine Wechsel- und Arbeitsstuben unterhält. Das sich auch hier in Parteien scheidet, um mit vereinten Kräften, sei es die Verhältnisse in der Heimat, sei es die Stimmung des Weltvolkes, unter dem es lebt, zu beeinflussen. Emigranten nannte man früher solche Flüchtlinge, und sie haben in der Geschichte des 19. Jahrhunderts unauflösbar eine gewisse Rolle gespielt. Die Polen in der Schweiz ebenso wie die Russen in Frankreich und die deutschen Revolutionäre von einst in England. Jetzt und hier aber haben wir es mit Massenereignissen zu tun, wie sie die Weltgeschichte noch niemals gesehen hat. In der Hauptsache ein zumeist gewollter Erfolg der Bolschewistenherrschaft, die ja von vornherein darauf angelegt war, den Gegner im Lande, die Bourgeoisie, auszurotten mit allen Mitteln, die einer rücksichtslosen, zu jeder Art von Kriegführung unbedenklich entschlossenen Mächtigkeitsmacht zur Verfügung stehen. So lange noch die Möglichkeit bestand, daß das Moskauer Regiment durch militärische Gewalt beseitigt würde, blieb, wer nur irgend dazu imstande war, im Lande, weil er die Hoffnung auf baldige Erlösung einem völlig ungewissen Schicksal in der Ferne immer noch vorzog. Kam aber war auch die letzte kriegerische Expedition gegen die roten Soldaten des Herrn Trotski zusammengebrochen, als die Völkerwanderung aus dem Osten sich nahezu hemmungslos in Bewegung setzte.

Deutschland mußte diesen Flüchtlingsstrom ziemlich wehrlos über sich ergehen lassen, und man kann es denjenigen Instanzen, denen die Aufsicht über unsere Grenzen oblag, schließlich nachfühlen, wenn sie bei der Zulassung dieser zumeist sehr bedauernswerten Heimatlosen ein Auge zudrücken. Aber ihre Folge ist nun die, daß ihre Zahl schon in die Hunderttausende geht, und daß der Groll über den Raum und die Plätze, die sie in unserer Mitte einnehmen, immer höher ansteigt. Der gemeine Mann befreit es nicht, wie wir es verantworten können, in Zeiten drückendster Wohnungsnot ungezählten Fremden ein mehr oder weniger ausreichendes Obdach einzuräumen, sie Brot und Verdienst bei uns finden zu lassen, obwohl die Arbeitslosigkeit in Deutschland eher zu- als abnimmt und, soweit sie vermindernd sind, sie hier sogar ein bevorzugtes Leben führen zu lassen, das unsehbar bei vielen Armen und Notleidenden Neid und Mißgunst erregen muß. Ganz zu schweigen von denjenigen Elementen unter ihnen, die in ausgesprochen unzufriedener Absicht zu uns gekommen sind, und deren Treiben wir schon bei verschiedenen Gelegenheiten sehr unangenehm empfunden haben.

Aberlegene Gemüter trösten sich, da nun einmal gegen diesen Zustand der Dinge nichts mehr zu machen ist, mit der Beschwichtigung, daß es ja nicht immer so bleiben werde hier unter dem wechselnden Mond und daß, wenn erst Ruhe und wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt sein werde, schon der Lohn für diese deutsche Gastfreundschaft sich von selbst einstellen müsse. Ein Wechsel auf weite Sicht — Skeptiker sagen sogar auf den St. Nimmerleinstag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Um die Sicherung der Brotversorgung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beantragte

ihren Vorstand, beim Reichstagspräsidenten Dr. Brüning vorzuschlagen, wegen der beunruhigenden neuen Preissteigerung beim Brotgetreide vorläufig zu werden. Von der Regierung sollen sofort durchgreifende Maßnahmen verlangt und gefordert werden, die Brotversorgung der minderbemittelten Volksschichten zu halbwegs erträglichen Preisen sicherzustellen.

Demokraten und Reichspräsidentenwahl.

In Wesel äußerte sich der demokratische Abg. Erkelenz in einer öffentlichen Versammlung zur Reichspräsidentenwahl dahin, die Wahl werde zur entscheidenden Kraftprobe zwischen Republik und Monarchie werden. Es dürfe nur zwei Kandidaten geben: einen republikanischen und einen monarchistischen. Der republikanische müsse so ausgewählt werden, daß er alle republikanischen Stimmen auf sich vereinen könne. Ob Präsident Ebert, der im Laufe seiner Amtszeit erhebliche moralische Eroberungen gemacht habe, geneigt sei, erneut zu kandidieren, stehe noch nicht fest. — Der demokratische Parteivorstand werde sich in nächster Zeit mit der Frage beschäftigen. — Aus Berlin wird gemeldet, es stehe eine Einigung der Parteien bevor, welche die Wahl für den kommenden Herbst festsetze.

Erhöhung der Gehälter für Beamte usw.

Im Reichsfinanzministerium fand die angekündigte Besprechung mit den Finanzministern der Länder statt. Es herrschte Übereinstimmung darüber, daß die Grundgehälter der Beamten, insbesondere in den unteren Gruppen, eine angemessene Erhöhung erfahren sollten. Entsprechend werden auch die Bezüge der Angestellten und Arbeiter zu erhöhen sein.

Deutsch-Osterreich.

Keine Apanage für Kaiser Karl. Die Pariser Votationskonferenz hat infolge einmütiger Ablehnung der österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten die Festsetzung einer Apanage für Karl von Habsburg abgelehnt. Pariser Blätter nehmen sich der finanziellen Lage des Kaisers an und weisen die Illusionen darauf hin, daß infolge dieser Ablehnung der ehemalige Kaiser und seine Frau in Madeira in der größten Not leben müßten. Sie könnten nicht einmal die Wohnungsmiete aufbringen. Es müsse sofort eine Änderung dieses Zustandes herbeigeführt werden.

Schweiz.

Internationale Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auf Anregung der großen internationalen Kriegsbeschädigtenverbände und des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes traten sechs Sachverständige der Kriegsbeschädigtenverbände und vier Sachverständige der deutschen, französischen, englischen und italienischen amtlichen Fürsorgestellen zu einer Konferenz über die Kriegsbeschädigtenorganisationen zusammen. Die Konferenz beschäftigt sich mit der Frage, wie den Kriegsbeschädigten ausreichend zu helfen sei. Man geht von dem Grundsatz aus, daß die erzielten Fortschritte auch den Arbeitsinvaliden zugute kommen sollen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Das Oberschlesien-Hilfswerk, das sich seit dem 1. Januar 1922 in der Abwicklung befindet, hofft, daß es möglich sein wird, bis Ostern die Abwicklungsarbeiten im wesentlichen zu vollziehen.

Wien. Der Ministerrat, der sich eingehend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit beschäftigte, beschloß, sämtliche Ressorts zu beauftragen, die öffentlichen Arbeiten und Lieferungen beschleunigt in Angriff nehmen zu lassen.

Davos. Hier ist der schweizerische Gesandte in Berlin, Minister Alfred von Planta, der zur Beerdigung seines Sohnes hierhergekommen war, an einer Lungenentzündung gestorben.

London. Nachdem dem Unterhaus bereits zwei Frauen als Mitglieder angehören, ist jetzt auch in das Oberhaus eine Frau, die Tochter des verstorbenen Kohlenmagnaten Rhonda, als Pair von England, eingezogen.

Warschau. Der polnische Außenminister Skirmunt hat ein ausdrückliches Vertrauensvotum für seine Politik gefordert. Er will davon seine geplante Reise nach Paris und London wie sein Verbleiben im Kabinett abhängig machen.

Deutscher Reichstag.

(180. Sitzung.)

CB. Berlin, 4. März.

Heute wurden zuerst einige kleinere Vorlagen ohne weitere Auseinandersetzung den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dann wurde in der zweiten Beratung des

Haushalts des Wiederaufbauministeriums

fortgefahren. Staatssekretär Dr. Müller bezeichnete die Grundsätze über eine geplante Auflösung des Wiederaufbauministeriums als grundlos. Der verwickelte Apparat des Wiederaufbauministeriums kann nicht ohne weiteres einem anderen Ministerium angegliedert werden. Der vom Ausschuss beschlossene Streichung von 78 Stellen habe das Ministerium nur mit schwerem Herzen zugestimmt. Das Ministerium bringe den durch den Friedensvertrag geschädigten Auslands- und Kolonial-Deutschen das größte Wohlwollen entgegen und bedauere nur, daß es nicht alle berechtigten Wünsche erfüllen könne. Der Abbau der Kolonialverwaltung wird nicht verzögert, obwohl wir unerrückbar

an der Hoffnung festhalten, wiederum Kolonien zu erhalten. Die Regierung bedauert, daß es nicht gelungen ist, mit Frankreich über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu einem Einvernehmen zu gelangen. Alle unsere Unternehmungen sind bei der französischen Verböhrde unbeachtet geblieben. Unser Angebot zur Lieferung von 20 000 Holzhäusern hat schließlich nur zur Annahme von 76 Probehäusern geführt. Auf unserer Seite war immer Bereitwilligkeit über Bereitwilligkeit, auf der französischen immer nur Ablehnung. Die französischen Sozialisten sind für die Beschäftigung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, das französische Unternehmertum ist dagegen. Die deutsche Regierung wird trotz allen Abweisungen fortfahren, Material, Sach- und Arbeitsleistungen zum Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Dr. Haas (Dem.) bemerkte, das Wiederaufbauministerium hat für die Auslandsdeutschen zwar Verständnis und guten Willen, aber damit ist noch nichts getan. Die Stimmung der Auslandsdeutschen ist geradezu verzweifelt geworden. Man muß ihnen endlich ausreichen und vor allem schnell helfen. So wie bisher geht es nicht weiter. Die Entschädigung darf nicht vorgenommen werden auf der Grundlage des Referentenentwurfes der Regierung. Die darin vorgeschlagene Zahlungsweise verstoße gegen die Würde des Reiches. Den Geschädigten müsse schnell und ausreichend geholfen werden.

Baldige Besetzung des Ministerpostens gefordert.

Abg. Dr. Fleischer (Zentr.) betonte vor allem, der Ministerposten muß schnell besetzt werden, sonst schwindet die Aussicht von der Überflüssigkeit dieses Ministeriums überhaupt nicht. Das Ministerium müßte heißen „Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages“, dann würde seine Notwendigkeit in den weitesten Kreisen eingesehen werden. Ein besseres Zusammenarbeiten mit dem Reichsfinanzministerium ist notwendig, damit es nicht wieder passieren kann wie Polen gegenüber, daß die während des Krieges abtransportierten Maschinen vom Finanzministerium bezahlt und dann vom Wiederaufbauministerium noch zurückgegeben wurden. Weiter trat der Redner für eine wirksame Unterstützung der aus Polen vertriebenen Gutbesitzer und Ansiedler ein.

Abg. Ernst (U.-Soz.) erklärte, das Wiederaufbauministerium entspreche nicht den Anforderungen, die an eine solche Behörde gestellt werden müssen. Daran ist zum größten Teil die Bureaucratie schuld. Ferner machten sich Kräfte bemerkbar, die man als Sabotage bezeichnen müsse. Bei dem mangelnden Entgegenkommen Frankreichs beim Wiederaufbau müsse man berücksichtigen, daß es die französischen Kapitalisten sind, die dem Wiederaufbau Hindernisse bereiten, weil sie dabei viel verdienen wollen. Geht es nach den Arbeiterkreisen, so wäre man mit dem Wiederaufbau heute schon viel weiter.

Vertriebene Auslandsdeutsche.

Abg. Dr. Deermann (Bayer. Volksp.) bemerkte u. a., daß Entschädigungsverfahren für vertriebene Auslandsdeutsche muß der jeweiligen Geldentwertung angepaßt werden, so daß es dem Geschädigten einerlei sei, ob er sein Geld in einem oder in drei Jahren erhalte. In den Flüchtlingslagern herrschen unangenehme Zustände. Frauen, Männer und Kinder haufen wie in einem Viehstall zusammen. Das Liquidationsgeschädigte, wie es über den Referentenentwurf vorliegt, muß den Mittelstand auf das härteste treffen. Wenn den Auslandsdeutschen, deren Liquidationserlös dem Deutschen Reich zugeschrieben worden ist, der Schaden nicht ganz ersetzt wird, so müßten sie sich mit dem deutschen Vaterlande wenden, denn durch ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hätten sie schweren Schaden erlitten. In Zukunft würden viele Auslandsdeutsche ihre Nationalität wechseln.

Abg. Laverrenz (Deutschnat.) führte aus, daß mit dem Wiederaufbauministerium das Schicksal unserer Kolonien eng zusammenhänge. Die Frage des kolonialen Gedankens muß bei uns auch erhalten werden. Die Zustände, erklärte der Redner, wie sie in unseren Schutzgebieten unter dem Mandatssystem sich herausgebildet haben, sind ungeheuerliche. Die Aufstellung unserer Kolonien war ein frecher Raub. Man hat den Raub damit moralisch zu rechtfertigen versucht, daß man uns ein Verlangen auf kolonialen Gebiete vorwarf. Für die Unhaltbarkeit dieser Behauptung gibt es unzählige Beweise. Auf verschiedene dieser Beweise ging alsdann der Redner ausführlich ein.

Abg. Fröhlich (Komm.) wandte sich gegen die Wiedergutmachungsleistungen. Die Regierung schalte in dieser Frage nach Belieben. Das kommt daher, weil der Vertrag zugunsten der Herrschenden Klasse, der Großindustrie, sei. Von der Rechten wurde dieser Ausführung lebhaft widersprochen.

Die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Wiederaufbauministeriums wurde hierauf geschlossen, und man trat in die Spezialdebatte ein.

Zum Schluß entspann sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Präsident Loebe schlug vor, die nächste Sitzung am nächsten Donnerstag abzuhalten und auf die Tagesordnung das Brannweinmonopolgesetz zu setzen. Gegen diesen Vorschlag erhob die Rechte Widerspruch, und zwar mit der Begründung, daß bis zum Donnerstag die Entscheidung über die neuen Steuervorlagen in dem Ausschuss noch nicht getroffen sein werde und daß man es daher vermeiden muß, am Donnerstag bereits mit der Beratung einer dieser Steuervorlagen zu beginnen. In diese Auseinandersetzungen griff auch der Reichstagspräsident, der sich zu diesem Zweck eingefunden hatte, ein und erluchte dringend darum, am Donnerstag schon mit der Beratung des Brannweinmonopols als einer der neuen Steuern zu beginnen.

Die Erhebung der Zwangsanleihe.

Die Pläne des Finanzministers.

In einer Besprechung, die der Reichsfinanzminister Dr. Hermes mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Steuerfragen abhielt, entwickelte er nach den Mitteilungen einer sozialdemokratischen Nachrichtenstelle seine Ansichten über die Grundzüge für die Erhebung der Zwangsanleihe. Danach kommt eine Erhebung nach der Einkünfte/zum Reichsnotopfer nicht in Betracht, weil seit dieser Einkünfte eine große Verschiebung der Vermögensbestände stattfand. Die Grundlage zur Erhebung der Zwangsanleihe soll

der Vermögensbestand vom 31. Dezember 1922

bilden. Man rechnet mit einer durchschnittlichen Belastung von 5 Prozent des Vermögens. Von der Zwangsanleihe befreit sind nach den Plänen des Reichsfinanzministers Vermögen von etwa 250 000 Mark und solche Personen, deren Einkommen weniger als etwa 30 000 Mark im Jahre beträgt. Die Abgabe soll je nach der Größe des Vermögens 1 bis 10 Prozent gestaffelt werden. Eine 10prozentige Abgabe dürfte bei einem Vermögen von mehr als 5 Millionen Mark erreicht sein. Würde die Erhebung der Anleihe nach der Einkünfte zur Vermögenssteuer vom 31. Dezember 1922 erfolgen, so wäre mit einem Eingang der Anleihebeträge erst für den Sommer 1923 zu rechnen. Deshalb sollen besondere Vorschriften zur teilweisen Vorauszahlung erlassen werden. Die Einzahlung beabsichtigt man nach einer

vorläufigen Selbsteinkünfte

zu regeln. Um für die Vorauszahlungen einen Anreiz zu geben, sind für Einzahlungen, die bis zum 1. Juli 1922

Hagen i. W., Bahnhofstr. 2